



Neubau in NRW bricht ein: Die Gründe sind hausgemacht

Zahl der Baugenehmigungen in NRW massiv gesunken / Klima für Neubau nötig

Die Anzahl der neu genehmigten Wohnungen ist in Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 2017 um 16,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Das ist deutlich stärker, als der bundesweite Rückgang von 7,3 Prozent. Die Gründe liegen in der NRW-Baupolitik der inzwischen abgewählten rot-grünen Regierung.

Düsseldorf. „Die Zahlen der amtlichen Statistikstelle des Landes NRW und des Statistischen Bundesamtes zeigen: Wir müssen in NRW dringend ein Klima für mehr Neubau schaffen.“ So analysiert Prof. Dr. Peter Rasche die aktuelle Statistik zu den Baugenehmigungen. Der Vorsitzende von Haus & Grund Rheinland stellt fest: „Der Grund dafür, dass die Zahl der Baugenehmigungen in NRW besonders stark sinkt, ist hausgemacht: Die Politik hat das Bauen hierzulande immer weiter erschwert und verteuert.“ Als Beispiele nennt Rasche die reformierte Landesbauordnung, die schon ab 3 Geschossen einen Aufzug und bereits ab 9 Wohneinheiten eine rollstuhlgerechte Wohnung vorschreibt. „Das ist teuer und geht komplett am Bedarf vorbei.“

Laut Rasche ist das Problem des schwächelnden Neubaus in Wahrheit sogar noch größer, als die Zahlen vermuten lassen – wegen des sogenannten Bauüberhangs. „Nicht jede genehmigte Wohnung wird auch wirklich in absehbarer Zeit gebaut“, erklärt Rasche. Vielmehr legten die aktuellen Zahlen nahe, dass der Boom bei den Baugenehmigungen im letzten Jahr auf Vorzieheffekte zurückzuführen war: „Wegen dem drohenden Inkraft-Treten der neuen Landesbauordnung haben viele Bauherren noch schnell 2016 eine Baugenehmigung eingeholt, auch wenn ein baldiger Baubeginn gar nicht geplant ist.“

Besonders dramatisch eingebrochen ist der Neubau von Wohnungen im Bestand – etwa durch den Ausbau von Dachgeschossen. Das Minus beträgt in NRW 34,7 Prozent. „Bei der Reform der Bauordnung hat Rot-Grün es leider versäumt, die Stellplatzabgabe abzuschaffen“, erklärt Erik Uwe Amaya den Rückgang. Der Verbandsdirektor von Haus & Grund Rheinland verdeutlicht das Problem so: „Für jede Neubauwohnung ist deswegen ein Kfz-Stellplatz nachzuweisen, was im Bestand oft nicht machbar ist. Man kann sich für bis zu 20.000 Euro von der Pflicht freikaufen, aber dann lohnt sich das Projekt nicht mehr.“

Sein Verband begrüße es deswegen ausdrücklich, dass die neue Landesregierung ein Moratorium für die Einführung der neuen Bauordnung angekündigt hat. „Wir werden die Politik dabei unterstützen, alle Punkte aus der Bauordnung zu entfernen, die das Bauen teuer machen“, verspricht Amaya.

Haus & Grund Rheinland vertritt die Interessen von über 101.000 Haus- und Wohnungseigentümern, Vermietern sowie Kauf- und Bauwilligen gegenüber Politik, Gesellschaft und Medien. 45 Prozent aller Haus & Grund-Mitglieder in NRW sind bei Haus & Grund Rheinland organisiert.

Pressekontakt:
Haus & Grund Rheinland
Fabian Licher, M.A.
info@HausundGrund-Rheinland.de
Telefon: 02 11 / 41 63 17 - 60
Telefax: 02 11 / 41 63 17 – 89